STADT BIBERACH
Oberbürgermeister

Landkreis Biberach

Stadtverwaltung • Dezernat I • Postfach 17 57 • 88396 Biberach

Herrn Minister
Reinhold Gall MdL
Innenministerium Baden-Württemberg
Dorotheenstraße 6
70173 Stuttgart

Rathaus
Marktplatz 7/1
88400 Biberach an der Riß

Thomas Fettback
Telefon 07351 51-226
Telefax 07351 51-166
TFettback@Biberach-Riss.de

www.biberach-riss.de

Unser Zeichen:

Dienstag, 31. Januar 2012

Polizei-Strukturreform;
Auswirkungen auf den Landkreis Biberach und die Große Kreisstadt Biberach

Sehr geehrter Herr Minister,

die in der vergangenen Woche vorgestellte Reform der Landespolizei wird in unserer Stadt und in unserem Kreis heftig diskutiert; erst jüngst beim Kreisbesuch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann am vergangenen Freitag.

Die vorgestellten Eckpunkte werden große Veränderungen zur Folge haben, insbesondere für den ländlichen Raum. Wir begrüßen ausdrücklich Ihre Aussage, wonach die Polizeireviere und Polizeiposten erhalten bleiben. Für die Bürgerinnen und Bürger ist in diesen Einheiten die Polizei vor Ort sichtbar.

Der Landkreis Biberach und die Stadt Biberach sind von der Reform gleich doppelt betroffen, da in Biberach sowohl eine Polizeidirektion als auch ein Standort der Bereitschaftspolizei angesiedelt ist. Betrachtet man ganz Baden-Württemberg, so kann das Argument angebracht sein, dass durch die Reform die Polizeipräsenz durch mehr Personal in den Polizeirevieren gestärkt wird. Für den Landkreis Biberach und die Stadt Biberach trifft dies nach unseren derzeitigen Erkenntnissen nicht zu. Wir befürchten, dass bedeutend weniger Polizeikräfte in unserer Region präsent sind – sollte die Polizeidirektion aufgelöst und die Bereitschaftspolizei neu organisiert werden. Diese Entwicklung bereitet uns Sorge und widerspricht dem eigentlichen Reformansatz, nämlich mehr Präsenz in der Fläche und im ländlichen Raum.

...

Die Qualität der Polizeiarbeit im Landkreis Biberach ist exzellent. Landratsamt und Stadtverwaltung arbeiten mit der Polizei in vielen Bereichen Hand in Hand. Hierbei schätzen wir die kurzen Wege und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, insbesondere bei den Themen Staatsschutz, Verkehr und Prävention. Trotz der Bündelung der polizeilichen Strukturen auf Ebene der Landkreise und Regierungspräsidien in zwölf regionale Polizeipräsidien, sollte der Austausch, die Verbindung und die gegenseitige Unterstützung zwischen den Landkreisen, Städten, Gemeinden und der Polizei nicht geschwächt werden. Die Aufgaben vor Ort können von den Polizeirevieren allein nicht im erforderlichen Umfang geleistet werden, da deren Entscheidungskompetenzen, Sachverstand und Personalkapazitäten derzeit hierfür nicht ausreichen. Hier sind Veränderungen notwendig, soll die Reform erfolgreich sein.

Neben den infrastrukturellen Gegebenheiten wie Gebäude und Ausrüstung ist beim Standort des Präsidiums unseres Erachtens auf die räumliche Ausdehnung des Kreises zu achten. Der Landkreis Biberach ist flächenmäßig der fünftgrößte Landkreis im Land. Die Ausdehnung erstreckt sich von West nach Ost auf über 60 Kilometer.

Die räumliche Distanz der regionalen Polizeipräsidien und ihr großes Zuständigkeitsgebiet erfordern deshalb eine gute Vernetzung zwischen den regionalen Polizeipräsidien und den Kommunen, damit die Arbeit der vergangenen Jahre erfolgreich weitergeführt werden kann. So haben wir in Biberach beispielsweise mit der Polizei im Bereich der kommunalen Kriminalprävention zukunftsweisende Projekte auf den Weg gebracht, wie den Kommunalen Präventionspakt. Das neue Organigramm ordnet das Referat Prävention direkt dem Polizeipräsidenten zu. Dies bedeutet, dass die Prävention an zwölf Standorten in Baden-Württemberg konzentriert und nicht mehr flächendeckend gewährleistet wird. Es wäre der falsche Weg, wenn dadurch die Projekte im Bereich der Prävention in Biberach aufgrund der Strukturreform nicht mehr weitergeführt werden könnten.

Bei der Umsetzung der Reform sollte darauf geachtet werden, dass positive Entwicklungen weiter gefördert werden. Bewährte dezentrale Strukturen dürfen nicht ohne Not zerschlagen werden. Vorstellbar wäre auch, um eine bessere Präsenz der Polizei insbesondere im ländlichen Raum zu gewährleisten, dislozierende Polizeieinheiten unter dem Dach eines regionalen Polizeipräsidiums zu bilden. Aus unserer Sicht könnte zum Beispiel die Kriminalpolizeidirektion eines regionalen Polizeipräsidiums in Biberach angesiedelt werden. Hierfür sind in Biberach moderne Gebäudestrukturen, Erweiterungsflächen und gut ausgebildetes, kompetentes Personal vorhanden.

Lange hat die Projektgruppe "Polizeistruktur BW" hinter verschlossenen Türen über die neuen Strukturen der Polizei beraten. Dies war im ersten Schritt notwendig, um die Reform auf den Weg zu bringen. Wir bedauern es jedoch, dass im Lenkungsausschuss nur Herr Landrat Günther-Martin Pauli, MdL und Herr Oberbürgermeister Dr. Salomon als Vertreter einer kreisfreien Stadt in den Reformprozess involviert waren. In Sachen Sicherheit sollte die Polizei mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine Partnerschaft auf Augenhöhe pflegen, da ein wirklich gutes Ergebnis bei der Aufgabenerledigung nur gemeinsam erreicht werden kann. Dazu gehört jetzt eine entsprechende Einbindung der Landkreise, Städte und Gemeinden in den Reformprozess.

Da Biberach als Standort einer Polizeidirektion und einer Bereitschaftspolizei doppelt von der Reform betroffen ist, möchten wir gerne mit Ihnen ein Gespräch führen. Im Rahmen einer Regionalkonferenz wird diese Besonderheit aus unserer Sicht im notwendigen Umfang und Tiefe nicht erörtert werden können.

...

Zur Vereinbarung eines Gesprächstermins wird sich das Sekretariat des Landrats in den kommenden Tagen mit Ihrem Büro in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heiko Schmid	Thomas Fettback
Landrat	Oberbürgermeister

Baden-Württemberg

INNENMINISTERIUM
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG 25. Januar 2012

Eckpunkte für Strukturreform

Innenminister Reinhold Gall: „Erfolgreiche Polizeiarbeit braucht Bürgernähe sowie eine straff organisierte und leistungsstarke Polizeiorganisation“

Baden-Württemberg kann nur mit einer bürgernahen und leistungsstarken Polizei eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleiben. „Dafür wollen wir jetzt die richtigen Voraussetzungen schaffen“, betonte Innenminister Reinhold Gall bei der Vorstellung der Eckpunkte für die baden-württembergische Polizeireform am Mittwoch, 25. Januar 2012, in Stuttgart. Die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen und begrenzte Mittel erforderten flexible und eigenständig agierende Polizeidienststellen in sachgerechten Organisationszuschnitten. Dafür seien Anpassungen nötig. „Die aktuelle kleinteilige Struktur bindet zu viel Personal in Führung und Administration. Bei den derzeit 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen stellen außerdem wir eine unausgewogene Leistungsfähigkeit und mangelnde Flexibilität fest“, erklärte er.

Nach mehr als viermonatiger intensiver Arbeit legte die mit Fachleuten aus sämtlichen Bereichen der baden-württembergischen Polizei besetzte Projektgruppe „Struktur der Polizei Baden-Württemberg“ gestern ihre Ergebnisse dem Innenminister vor. „Die Eckpunkte, die von einer hochkarätig besetzten Lenkungsgruppe unter Vorsitz von Ministerialdirektor Herbert Zinell akzeptiert wurden, sind richtungsweisend und

Dorotheenstraße 6, 70173 Stuttgart, Telefon (0711) 231 - 30 30, Fax (0711) 231 - 30 39
E-Mail: pressestelle@im.bwl.de, Internet: http://www.im.baden-wuerttemberg.de

konsequent. Halbherzige Umstrukturierungen oder gar eine Sparreform habe ich nicht im Sinn", unterstrich Gall.

Die Reformvorschläge umfassen eine deutliche Straffung der Aufbauorganisation, indem die vier Landespolizeidirektionen der Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen mit den 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen zu zwölf regional zuständigen **Polizeipräsidien** verschmolzen und unmittelbar dem Landespolizeipräsidium im Innenministerium nachgeordnet werden. „Diese zwölf vergleichbar leistungsstarken regionalen Polizeipräsidien mit jeweils einer nachgeordneten Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion und Verkehrspolizeidirektion sowie einem professionellen Führungs- und Lagezentrum für die Bearbeitung von Notrufen und Maßnahmen zur Einsatzsteuerung sollen künftig das Rückgrat und die konzentrierte Leitungskompetenz der baden-württembergischen Polizei bilden", unterstrich Gall.

Für die Bürgerinnen und Bürger seien schnelle und kompetente Reaktionen entscheidend, wenn die Polizei gebraucht wird - und nicht die Nähe zu der polizeilichen Leitungsebene. Deshalb werde an der Struktur der nahezu 150 Polizeirevieren und knapp 360 Polizeiposten nicht gerüttelt. Darüber hinaus sollen künftig bei den zwölf Kriminalpolizeidirektionen der regionalen Polizeipräsidien sogenannte **Kriminaldauerdienste** eingerichtet werden. Damit stünden Schutz- und Kriminalpolizei der Bevölkerung rund um die Uhr zur Verfügung. Das bedeute eine Stärkung der Fläche und des ländlichen Raumes.

Ferner werde ein neues zentrales **Polizeipräsidium Einsatz** die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sowie alle Spezialeinheiten des Landes, die Polizeihubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei bündeln. Dies beinhalte die Auflösung des Bereitschaftspolizeipräsidiums mit deren nachgeordneten fünf Bereitschaftspolizeidirektionen. Dadurch stünde landesweit ein zentrales Polizeipräsidium zur Verfü-

gung, das den regional zuständigen Polizeipräsidien, dem Landeskriminalamt sowie gegebenenfalls den Polizeien des Bundes und anderer Länder sämtliche einsatzunterstützenden Kompetenzen für den Ernstfall aus einer Hand bieten könne.

Außerdem gelte es, die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Aufgaben mit der Vielzahl über das Land verteilten Standorte im Bereich der kostenintensiven Polizeitechnik bzw. sich rasch wandelnder Informations- und Kommunikationstechnik zu bündeln. Hierzu werde ein **Präsidium Technik, Logistik, Service** aufgebaut, das die technischen Aufgaben für die Entwicklung, Koordination und Beschaffung polizeilicher Führungs- und Einsatzmittel sowie Kommunikationstechnik integriere.

Ebenso werde die polizeiliche Organisation von Aus- und Fortbildung sowie Nachwuchsgewinnung mit den drei Bildungseinrichtungen (Polizeischulen der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg, Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen und Akademie der Polizei Baden-Württemberg) zu einem einheitlichen Bildungsträger (**Präsidium Bildung und Personalgewinnung**) mit deutlich weniger als den bisher acht Standorten zusammengefasst.

Das **Landeskriminalamt Baden-Württemberg** nehme weiterhin die kriminalpolizeilichen Zentralstellen- und Serviceaufgaben sowie originäre Ermittlungsaufgaben wahr. Das betreffe insbesondere herausragende Delikte der Politisch motivierten Kriminalität, Organisierter Kriminalität beziehungsweise Wirtschaftskriminalität.

Die Strukturreform soll erhebliche Personalreserven für den Einsatz in der Fläche mobilisieren. „Ich bin sicher, dass sich die durch die Projektgruppe errechneten personellen Verstärkungspotenziale von rund 650 Stellen des Polizeivollzugsdienstes und 240 Stellen des Nichtvollzugspersonals der Polizei mittelfristig durch die Reform erreichen lassen. Dieses Potenzial werde eins zu eins der Polizei erhalten bleiben,

damit die Streifen- und Ermittlungsdienste der Polizeireviere und Polizeiposten vor Ort gestärkt und Freiräume für die Kriminalpolizei bei der Bekämpfung neuer bzw. schwerer Kriminalitätsformen geschaffen werden können", hob der Innenminister hervor. Mit der angestrebten Konzentration der Polizeidienststellen sei auch von einer mittelfristigen Reduzierung der notwendigen Investitionen und der laufenden Betriebskosten im Bereich kostenintensiver Leitstellentechnik (Digitalfunk) in mehrstelliger Millionenhöhe zu rechnen.

Reinhold Gall stellte überdies klar: „Die Reform der Polizei ist nicht der Einstieg in eine allgemeine Verwaltungsreform. Solche Behauptungen sind absurd. Das Reformvorhaben ist für den Erhalt der Leistungsfähigkeit unserer Polizei notwendig. Die Reform basiert ausschließlich auf polizeifachlichen Gesichtspunkten und wird von der Polizei für die Polizei gemacht." Der Innenminister will die Eckpunkte in den nächsten Wochen mit Polizei und Politik besprechen. Er kündigte an, bis Ostern auf Grundlage der Eckpunkte und unter polizeifachlichen und infrastrukturellen Aspekten über die konkreten Flächenzuschnitte und Standorte der künftigen regionalen Polizeipräsidien zu entscheiden - unter Berücksichtigung bestehender Stadt- und Landkreisgrenzen.

Hinweis an die Redaktionen:
Das Eckpunktepapier der Projektgruppe „Struktur der Polizei Baden-Württemberg" steht im Internet unter www.polizei-bw.de zum Download zur Verfügung.

Liste der Mitglieder des Projekts „Struktur Polizei Baden-Württemberg“

- Projektleitung

  Leitender Kriminaldirektor Martin Schatz (Innenministerium BW)

  Projektbüro

  Polizeioberrat Josef Veser (Innenministerium BW)

  Kriminaloberrat Frank Spitzmüller (Innenministerium BW)

  Polizeioberkommissar Simon Bihl (Polizeidirektion Rottweil)

- Projektmitglieder

  Abteilungspräsident Christian Nill (Regierungspräsidium Stuttgart)

  Leitender Polizeidirektor Ekkehard Falk (Regierungspräsidium Tübingen)

  Leitender Polizeidirektor Detlef Werner (Regierungspräsidium Karlsruhe)

  Leitender Polizeidirektor Michael Gehri (Polizeidirektion Lörrach)

  Leitender Polizeidirektor Franz Lutz (Polizeidirektion Reutlingen)

  Leitender Kriminaldirektor Klaus Ziwey (Landeskriminalamt BW)

  Polizeidirektor Hans-Jörg Barth (Bereitschaftspolizei BW)

  Kriminaldirektorin Mechthild Mayer (Polizeidirektion Ludwigsburg)

  Regierungsdirektorin Sandra Zarges (Polizeipräsidium Stuttgart)

  Erster Polizeihauptkommissar Hans-Peter Teufel (Polizeidirektion Calw)

  Prof. Alexander Pick (Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen)

  Leitender Kriminaldirektor Peter Egetemaier (Akademie der Polizei BW)

  Dr. Marcus Majumdar (Akademie der Polizei BW)

  Leitender Polizeidirektor Joachim Lautensack (Hauptpersonalrat der Polizei BW)

Liste der Mitglieder des Lenkungsausschusses

- Leitung

  Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell (Innenministerium BW)

- Mitglieder

  Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner (Regierungspräsidium Karlsruhe)

  Landrat Günther-Martin Pauli MdL (Zollernalbkreis)

  Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon (Stadt Freiburg im Breisgau)

  Landtagsdirektor Hubert Wicker (Landtagspräsidium BW)

  Ministerialdirigent Reiner Moser (Ministerium für Finanzen und Wirtschaft BW)

  Rechnungshofdirektorin Ria Taxis (Rechnungshof BW)

  Landespolizeipräsident Dr. Wolf Hammann (Innenministerium BW)

  Leitender Ministerialrat Werner Oßwald (Innenministerium BW)

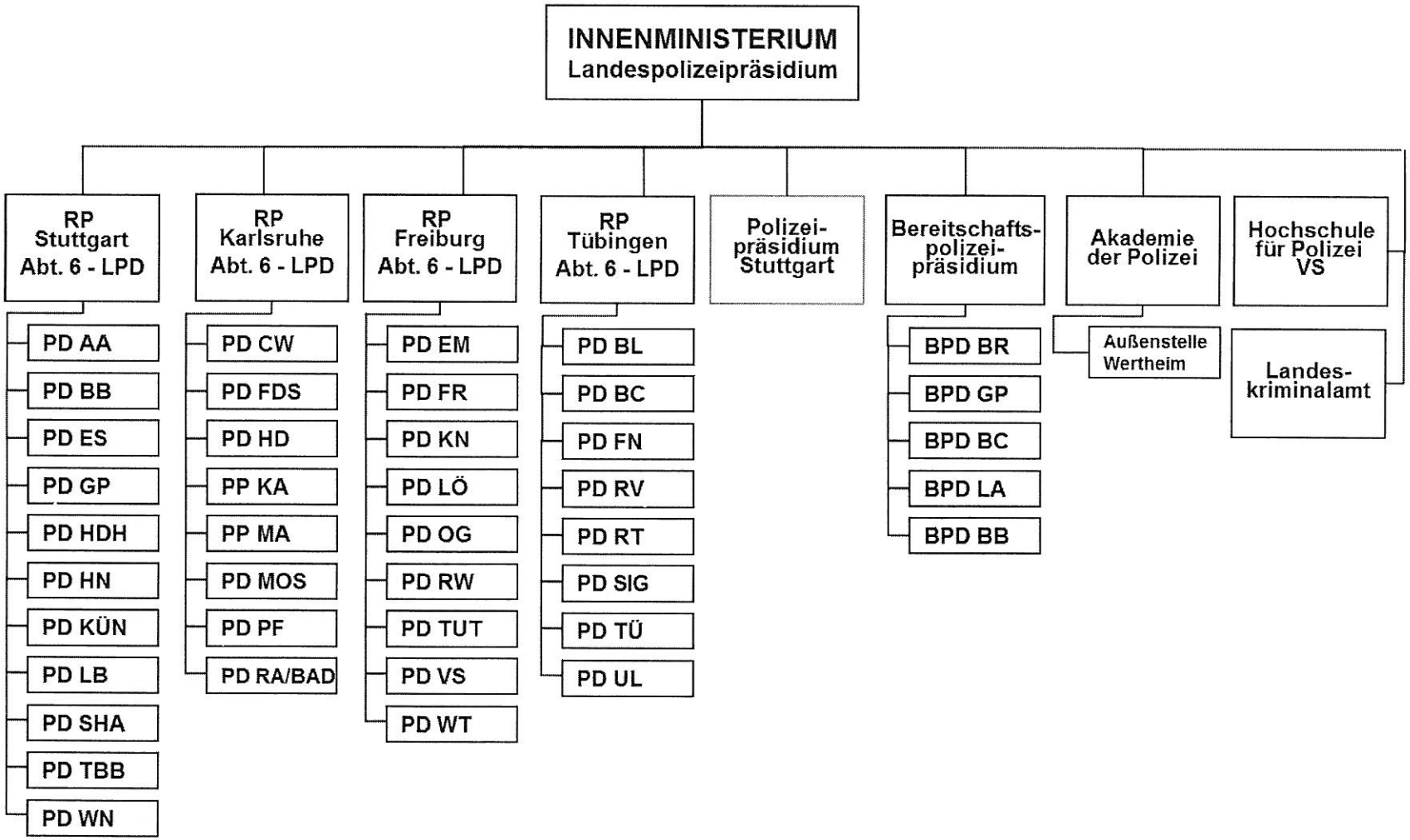
  Inspekteur der Polizei Gerhard Klotter (Innenministerium BW)

  Landeskriminaldirektor Hartmut Grasmück (Innenministerium BW)

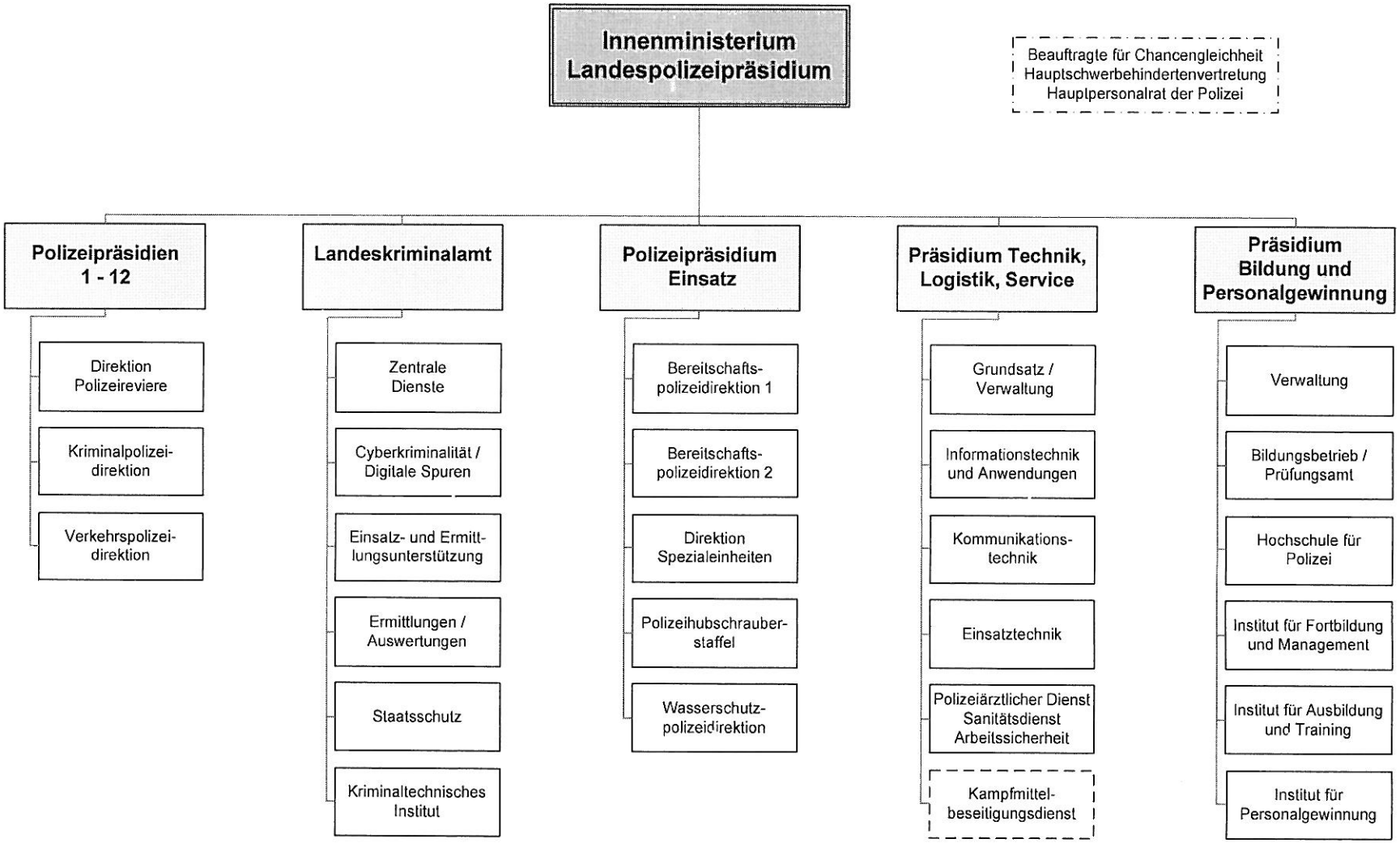
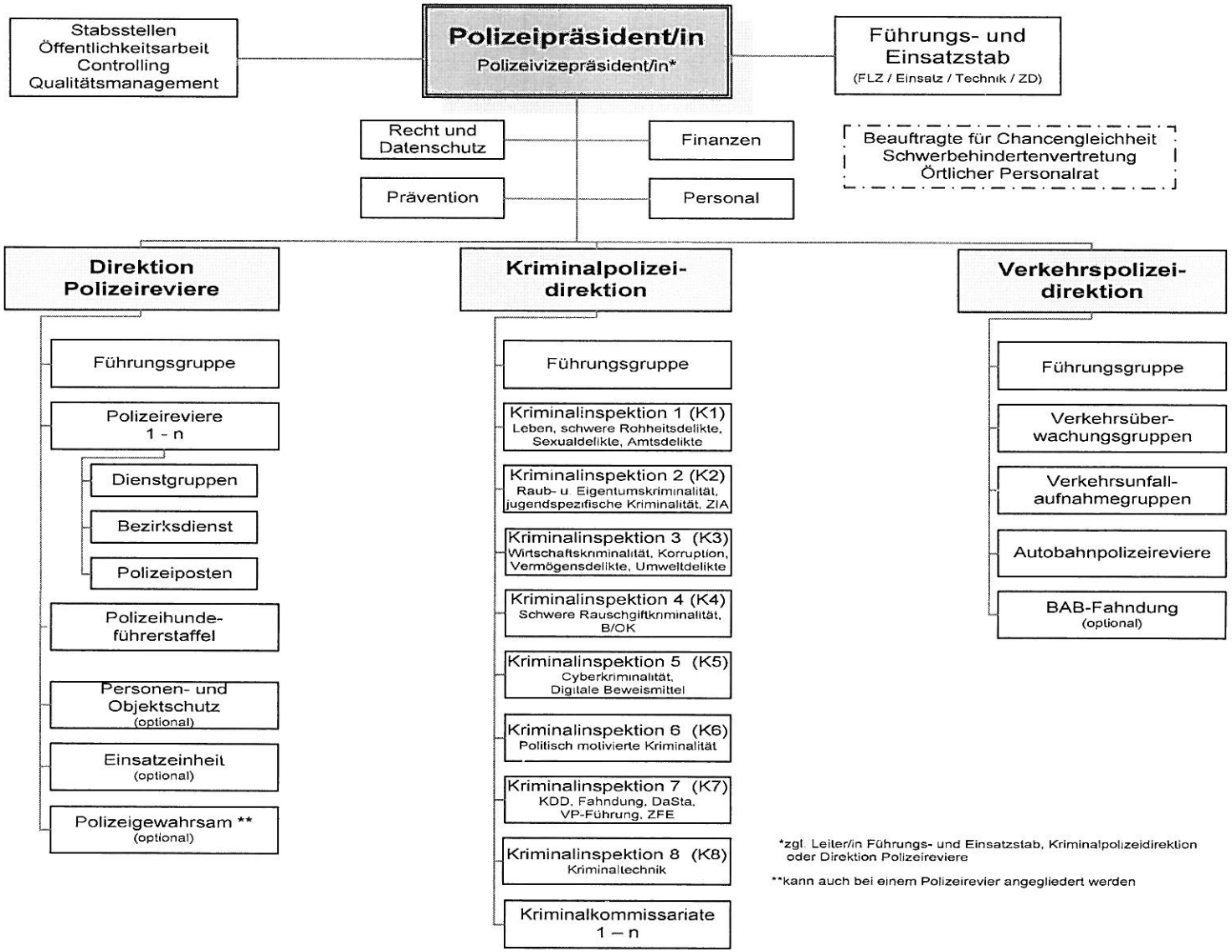
  Polizeioberrat Thomas Berger (Leiter Zentralstelle des Innenministeriums BW)

  Polizeidirektor Franz Semling (Staatsministerium BW)

Organigramm der aktuellen Gesamtorganisation der Polizei Baden-Württemberg



Organigramm der Gesamtorganisation (neu) der Polizei Baden-Württemberg



Organigramm regionales Polizeipräsidium 1 bis 12